

Pressemitteilung

Katholische Verbände: Rentenpaket der Regierung verhindert Altersarmut nicht

Regierungsdialog bleibt hinter den Erwartungen zurück

Düsseldorf/Köln, 27. März 2012 - Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), das Kolpingwerk Deutschland, die Katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands (KAB), der Familienbund der Katholiken und die Katholische Landvolkbewegung Deutschlands (KLB) sind enttäuscht über die Ergebnisse des Regierungsdialogs Rente, den Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen im Herbst letzten Jahres begonnen hat. „Die Maßnahmen stellen zum Teil lediglich eine Anpassung von Instrumenten an das erhöhte Renteneintrittsalter dar. Altersarmut werden sie nicht verhindern“, so Georg Hupfauer, Vorsitzender der Katholischen Arbeitnehmerbewegung Deutschlands.

„Auch die Zuschussrente stellt keine Abkehr von der Erwerbsarbeitszentrierung des Rentensystems dar. Frauen mit familienbedingten Erwerbsunterbrechungen werden kaum von der Zuschussrente profitieren“, erläutert Elisabeth Bußmann, Präsidentin des Familienbundes der Katholiken. „Eine Erhöhung der Kindererziehungszeiten in der Rente auch für vor 1992 geborene Kinder dagegen würde mehr Generationengerechtigkeit gerade für Frauen schaffen“, ergänzt Maria Theresia Opladen, Bundesvorsitzende der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands. Die geplante Erweiterung der Versicherungspflicht für Selbstständige sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, allerdings schwäche die Wahlfreiheit zwischen privater und gesetzlicher Versicherung den Solidargedanken. „Kleinunternehmer und -unternehmerinnen werden kaum die hohen Beiträge der privaten Versicherer zahlen können“, stellt Ulrich Vollmer, Bundessekretär des Kolpingwerks Deutschland, fest. „Insgesamt bedauern wir sehr, dass sich die Bundesregierung im Rahmen des Regierungsdialogs nicht mit dem Sockelrentenmodell der Katholischen Verbände befasst hat“, zieht Hildegard Frey für den Bundesvorstand der Katholischen Landvolkbewegung Deutschlands Bilanz.

Im Rentenmodell der Katholischen Verbände wird durch die Einführung einer existenzsichernden Sockelrente langfristig nicht nur Armut verhindert, sondern es werden für alle Anreize geschaffen, in das solidarische und leistungsbezogene System der gesetzlichen Rentenversicherung einzuzahlen. Darüber hinaus ist mit sechs Entgeltpunkten pro Kind eine deutlich bessere Anerkennung der Erziehungsleistungen von Eltern vorgesehen.

Information: www.buendnis-sockelrente.de